

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1946**

25 (17.10.1946)



# Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 25

Mannheim, den 17. Oktober 1946

Preis 10 Pfg.

## Arbeiterrecht und Betriebsräte

Wir befinden uns in einer Uebergangsperiode, die dadurch charakterisiert wird, daß ein großer Teil des deutschen Volkes — die Arbeiterklasse — um Freiheit und Fortschritt kämpft, ein anderer Teil, das Kleinbürgertum, zaghaft und unsicher hin und her schwankend, in der Mitte steht, während der dritte und kleinste Teil, die Monopolkapitalisten und adeligen Großgrundbesitzer — jedoch nur noch im Westen Deutschlands — nicht nur jeden Fortschritt verhindern, sondern auch versuchen, das Rad der Zeit nach rückwärts zu drehen. Uebergangsperioden sind in der Regel von kurzer Dauer, und wir sehen tagtäglich, mit welch geschäftigem Eifer und welcher Schnelligkeit die reaktionären kapitalistischen Kräfte versuchen, ihre Grundsätze in Gesetzesform zu bringen. Sie wollen die Niedergeschlagenheit, das Desinteresse des Volkes am politischen Geschehen ausnützen, weil sie befürchten, daß bei längerem Zuwarten das politische Erwachen der Massen kommen und ihnen in den Arm fallen könnte. Ein Beispiel hierfür sind die Beratungen zu den Länderverfassungen: Die Herren der Rechten und der CDU triefen nur so von Fortschritt und Demokratie, als sie ihre Reden über die Menschenrechte während des „parlamentarischen Kampfes“ um die Verfassung hielten. Sie legten aber sofort ihre Masken ab, als es galt, diese Menschenrechte im sozial-politischen Teil der Verfassung, im sozialen Arbeitsrecht, in fortschrittlichem und wirklich demokratischem Geiste zu garantieren. Hier zeigte sich der arbeiterfeindliche Charakter dieser Herren, indem sie jeden fortschrittlichen Antrag der kommunistischen Fraktion ablehnten.

Die Verabschiedung dieser Verfassung ist ein Alarmsignal für die Arbeiterklasse. **Verfassungsfragen sind Machtfragen!** Diesmal scheint es eher ein Feilschen und Handeln, wie man es auf einem Krempelmarkt sieht, gewesen zu sein, denn es fehlte das Mitwirken der Arbeiterklasse, es fehlte der außerparlamentarische Kampf um die Verfassung. Und hier muß der Hebel angesetzt werden.

Die Betriebsräte mit den Gewerkschaften sind der vorgeschobene Posten der Arbeiterklasse. Der Gedanke der Schaffung der Betriebsräte wurde in einer historischen Stunde der deutschen Arbeiterbewegung geboren und zur Wirklichkeit. Der Betriebsrat muß sich also klar darüber sein, daß er ein Vertreter seiner Klasse, also der Arbeiterschaft ist und darf deshalb nicht zu einer Stütze für den Unternehmer werden. Im

Kampf um ein sozialistisches fortschrittliches Arbeitsrecht muß er mit der ganzen Belegschaft in vorderster Front stehen, den Kampf in engster Gemeinschaft mit seiner Gewerkschaft führen, wobei ihn die Arbeiterparteien tatkräftig unterstützen werden. Es ist klar, daß der Betriebsrat sich im tagtäglichen Kampf gegen das Unternehmertum genügend Kenntnisse über den Charakter des Kapitalismus, sowie über alle Fragen betriebslicher Art aneignen muß. Es ist weiter klar, daß das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates wirklichen Wert bekommen muß. Insofern hängt viel davon ab, ob es der Betriebsvertretung gelingt, sich selbst über die Verhältnisse ihres Unternehmens und über den Stand des gesamten in Frage kommenden Industriezweiges Kenntnis zu verschaffen. Nur wenn der Betriebsrat in seiner Branche selbst Bescheid weiß, kann er verhindern, daß ihm der Unternehmer irgend etwas Beliebiges erzählt und ihn womöglich noch durch einen absichtlich falschen Bericht über die Lage



des Unternehmens von der tatkräftigen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen abzubringen versucht. Nur wenn er etwas weiß, ist er in der Lage, den Pflichten gegenüber seinen Arbeitskameraden nachzukommen. Nie darf ein Betriebsrat zulassen, daß durch Verhandlungen oder Kampf errungene Positionen ohne Kampf preisgegeben werden, wie er auch bestrebt sein muß, von gewonnenen Positionen aus immer und unablässig weiter vorzustoßen, um die Lage der Belegschaft zu verbessern. Die gegenwärtige Forderung um das Stück Brot, die Abwehr überlanger Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes in Verbindung mit den bald kommenden Kämpfen um die soziale Gesetzgebung, insbesondere des Arbeitsrechtes, müssen die Betriebsräte auf den Plan rufen, wobei sie höchste Aktivität entfalten müssen.

Wir haben bei der Verfassungsdebatte gesehen und gehört, daß eine fortschrittliche soziale Gestaltung der Gesetzgebung für die Arbeiterklasse die verwundbarste Stelle für die Kapitalisten ist. Sie möchten absolut den „Herrn-im-Hause“-Standpunkt auf-

rechterhalten. Der Faschismus und der imperialistische Krieg haben eindeutig gelehrt, daß die Arbeiterklasse verpflichtet ist, ihre Forderungen der Kontrolle der Produktion im vollen Umfange zu erkämpfen und aufrecht zu erhalten. Nur dadurch wird zukünftig Kriegsproduktion, und nur dadurch werden ungerechtfertigte Warenpreise, hemmungslose Ausbeutung und Profit, unmöglich gemacht. Der Betriebsrat muß vollkommen Einblick in das Geschäftsgebaren des Unternehmens bekommen. Er muß wissen, wie wird ein- und verkauft, wie hoch sind die Gestehungskosten, welche Steuerabgaben hat das Unternehmen zu entrichten, usw. Das absolute Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung muß zukünftig zur Tatsache werden. Dabei darf sich das Bestimmungsrecht des Betriebsrates nicht nur auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern beschränken, sondern er muß auch darüber mitentscheiden, wenn es sich um Betriebsleiter oder um Direktoren handelt. Bei einer solchen Kontrolle wird es keinem Unternehmer mehr möglich sein, etwas zu seinen Gunsten zu verschleiern, oder den Staat sogar um die Steuern zu betrügen. Dem Betriebsrat wird es dann umso leichter sein, den Nachweis dafür zu führen, daß Geld zur Erweiterung hygienischer Einrichtungen, besseren Anlagen und Vorrichtungen für Unfallschutz und höhere Zuweisung für die Unterstützungskasse für in Not geratene Betriebsangehörige usw. vorhanden ist. Die sogenannte Konkurrenz anderer Betriebe, die die Unternehmer immer dann ins Feld führten, wenn von den Arbeitern ihrer Betriebe höherer Lohn oder sonstige Verbesserungen gefordert wurden, ist dann nicht mehr stichhaltig.

Auf welche Kräfte kann sich nun der Betriebsrat in seinem Kampf um die sozialen Rechte stützen? Es sind dies:

1. die Belegschaft des Betriebes,
2. die Gewerkschaften und
3. die Arbeiterparteien.

Wer oder was schützt ihn aber vor den Maßregelungen, die er doch, sobald er seine Aufgaben und Befugnisse im Interesse des Klassenkampfes erfüllt, auf Schritt und Tritt täglich und stündlich zu gewärtigen hat?

Ein Betriebsrat, der vom Klassenstandpunkt seiner Klasse aus versucht, seine Pflicht zu erfüllen, wird in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nie einen Richter finden, der ihm Recht gibt.

Die Macht des Betriebsrates also beruht darauf, in wieweit die Arbeiterklasse, in diesem Falle die Belegschaft, stark genug ist, um den notwendigen Druck hinter seine Forderungen zu setzen, und wieweit die Gewerkschaften bereit sind, ihn in diesem Kampf zu unterstützen. Auf die Gewerkschaften als Machtfaktor muß sich der Betriebsrat stützen, und diese müssen, um eine wirkliche soziale Gestaltung des Arbeiterrechtes zu erreichen, nun aktiv in den Kampf eintreten.

-ritter-

durten, um die durch den jetzigen Zustand ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek



## Der Hochstapler als Strafanstaltsdirektor

Die gegenwärtigen Zeitläufe scheinen hervorragend geeignet für Hochstapler aller Art, und insbesondere die badische Justiz scheint ein bevorzugtes Betätigungsfeld für sie zu sein. Hat sich der Mörder Erich Schmitz, den die Staatsanwaltschaft Mannheim unbegreiflicherweise nur auf Empfehlung hin als Gerichtsassessor einstellte, trotz seiner Gerissenheit selbst entlarvt, so ist es der Wachsamkeit und dem entschlossenen Auftreten unserer „Badischen Volksstimme“ zu verdanken, daß der berüchtigte Franz Krüger, bisher Direktor der Strafanstalt Bruchsal und der Strafanstalt Mannheim, nun unschädlich gemacht ist.

Franz Krüger, der heute 28 Jahre alt ist, ein gelernter Metzger, dessen allgemeine Schulbildung so mangelhaft ist, daß er nicht imstande ist, auch nur zwei Worte orthographisch richtig zu schreiben, wird von den Nachbarn seines Elternhauses in Krefeld als Hochstapler und arbeitsscheuer Mensch geschildert, der seinen Eltern viel Sorge bereitet hat und dem Verlauten nach auch einige Zeit in einer Erziehungsanstalt verbringen mußte. Während des Krieges war er Obergewerter und wurde vermutlich in Berlin wegen unbefugten Tragens der Uniform eines Kapitänsleutnants mit Ritterkreuz verurteilt und tauchte im vorigen Jahr als angeblich politisch Verfolgter auf. Wie es ihm aber gelang, Direktor der Strafanstalt Bruchsal zu werden, ist unerfindlich. Noch unerklärlicher aber ist, warum er sich trotz aller zweifelhaften Handlungen während dieser Zeit, trotz allem militärischen, reaktionären Auftreten so lange halten konnte. Es zeigt sich in diesem Falle besonders deutlich, daß der von den meisten Behörden empfohlene Weg, zur Beseitigung von Mißständen sich direkt an sie zu wenden, nur in den allersehrsten Fällen Aussicht auf Erfolg hat. Nur indem das Volk selber ein wachsames Auge auf die Behörden hat und ihre Amtsführung kontrolliert, können Fehler entdeckt und beseitigt werden.

Der Hochstapler und Militarist Krüger konnte sich, nachdem der Nimbus des politisch Verfolgten, mit dem er sich anfänglich umgeben hatte, gefährlich verblaßt war, erdichten, sich auf die Freundschaft amerikanischer Offiziere zu berufen, mit deren Hilfe er sogar die „Badische Volksstimme“ verbieten wollte. Die amerikanische Militärregierung besteht nicht aus Göttern, sondern auch nur aus Menschen, und es ist daher möglich, daß unter den Vertretern der Militärregierung auch schlechte Menschen sind, die mit den schlechten deutschen Elementen, mit Schiefern, Militaristen, Reaktionären und Nazis zusammenarbeiten und sie stützen. Entscheidend ist aber, daß die amerikanische Militärregierung solche Elemente, wenn sie sie erkannt hat, ausschaltet. Es scheint, daß der Hochstapler Krüger aber glaubt, immer noch Freunde bei der Besatzungsbehörde zu besitzen, denn gegenwärtig verbreitet er in Bruchsal das Gerücht, er werde jetzt bei der Militärregierung direkt angestellt.

Wir fordern, daß dem Hochstapler und Reaktionär Krüger ein für alle Mal unterbunden wird, sein dunkles Treiben fortzusetzen. Wir fordern, daß sich die deutschen Behörden über sein Verhalten im Kz., das durchaus in der Linie seines gegenwärtigen

Auftretens liegen soll und vermutlich die Handhabe zu seiner Strafverfolgung ergeben wird, genauestens informieren. Wir fordern, daß die deutschen Behörden nicht einfach konstatieren, daß Krüger ein Betrüger und Hochstapler ist, sondern ein Verfahren gegen ihn einleiten.

## Die Freigesprochenen und der Mannheimer „Morgen“

„La sensibilité qui ne gémit que pour les assassins de la liberté nous est suspecte.“ — Dem Leitartikel vom 10. Oktober im Mannheimer „Morgen“, der sich unter dem Stichwort „Die Freigesprochenen“ über die spontanen Protestdemonstrationen, welche allerorts in Deutschland und von allen Volksschichten ausgingen, mokiert, möchten wir die vorstehenden Worte Robespierres widmen. Die Empfindsamkeit, welche nur um die Mörder der Freiheit klagt, ist uns verdächtig!

Während eine Welle des Protests und der Kritik gegen die drei Freisprüche durch ganz Deutschland geht, findet der „Morgen“ keinen anderen Gegenstand seiner Kritik, als ein vornehmes Nasenrumpfen gegen die Form, in der sich die Empörung gegen den Freispruch der Verbrecher Papen, Schacht und Fritzsche äußerte und die nach der Meinung des „Morgen“ „jegliche Würde“ vermissen läßt. Sollte die unverständige Humanität gegenüber Verbrechern von solchem Ausmaß nicht in Wirklichkeit als Sympathie und Vorschubleistung für die Wiederkehr solcher Barbaren gedeutet werden müssen?

Das deutsche Volk kann für die Urheber seines nationalen Unglücks keine Unterschiede der Schuld und der Sühne bei diesen Männern anerkennen, die zu einer verschiedenartigen Verurteilung führen könnten. Es geht nicht um Rache, sondern um Reinigung! Reinigung von den Resten nazistischen Geistes und seinen Trägern. Das deutsche Volk muß sich befreien von der Existenz jener, die unendliche Schmach und namenloses Elend über Millionen gebracht haben. Das Urteil lautet für alle als gleich schuldig.

Sollte die Befriedigung des „Morgen“ darauf zurückzuführen sein, daß Herr Papen einst führender Politiker der Zentrumspartei war. Will man die „heiligen“ Gefühle jener Kreise der CDU schonen, die mit aller Macht darauf drängen, daß die CDU denselben Weg gehe, wie weiland das Zentrum? Noch sind die Verbrechen, welche die Schuldigen gegenüber dem eigenen Volk begangen haben, nicht aus der Tagesordnung. Sie werden aber nicht ungesühnt bleiben. Sie sollen sich vor deutschen Gerichten, vor deutschen Antifaschisten verantworten. Ihre Schuld ist riesengroß und erheischt gerechte Sühne. Es wird keiner von ihnen freigesprochen werden! Gewissen Herren mit weichem Gemüt legen wir aber nochmals nachdrücklich die Worte Robespierres ans Herz:

„La sensibilité qui ne gémit que pour le assassins de la liberté nous est suspecte.“

## Schlechter Kampf gegen einen mächtigen Gegner

Die Unterernährung unseres Volkes zeitigt in immer stärkerem Maße unheimliche Folgen. Seit Ende des Krieges leben wir, bereits jahrelang unterwertig ernährt, durch die unter Existenzminimum liegenden Rationen von der eigenen Körpersubstanz. Das hat von 1945/46 in vielen Fällen schon ein Viertel bis zu ein Drittel Verlust des Körpergewichts ergeben. Da die Tuberkulose

eine ausgesprochene Mangelkrankheit ist, greift diese, die von der deutschen Hygiene und Fürsorge in Friedensjahren schon ziemlich weit zurückgedrängt werden konnte, immer weiter um sich. Für 10 000 Tuberkulosekranke in Württemberg-Baden sollen zur Zeit weniger als 3 000 Betten zur Verfügung stehen. Zur Bekämpfung der Tbc. sollen die württembergisch-badischen Krankenhäuser weiter ausgebaut werden.

In Mannheim z. B. nimmt der Anfall der Tuberkulose erschreckende Formen an. Die Zahl der täglichen Untersuchungen (hierfür steht nur ein Arzt zur Verfügung) beläuft sich auf 50—60 Fälle. Im November 1945 wurden 1347 Fälle offener Tuberkulose gegenüber 1454 Fällen im September 1946 registriert, und zwar in den Altersstufen von 20—45 Jahren. Der allein tätige Leiter des Gesundheitsamtes Mannheim, Abt. Tuberkulosefürsorge, hat außer seinen täglichen 50—60 Untersuchungen auch noch rd. 300 Füllungen im Monat zu machen. Im August 1946 starben 25 Patienten an Tuberkulose, davon allein fünf Kinder. Die meisten Fälle der Tbc. kommen in Vierteln mit schlechtbegüterter Bevölkerung vor. An erster Stelle steht Käfertal, an zweiter Waldhof, an dritter die Innenstadt, davon besonders die Quadrate H, J, K, F und G. Neuostheim hat gar keine Tbc., davon nahezu frei ist Feudenheim, 1939 gab es in Mannheim 700 Fälle (davon 3 Kinder) ansteckender Tbc. bei 285 000 Einwohnern, 1945 stieg die Zahl der Tuberkulosefälle auf 1000 Fälle ansteckender Tbc. bei einer Einwohnerzahl von 185 000 Menschen. Es wurden 10 Kinder betroffen. Die Todesfälle betragen von Januar bis Juni 1946 120 an Tbc., davon 6 Kinder im Alter von 3—8 Jahren.

Die Bitte, einen zweiten Arzt beim Gesundheitsamt Mannheim, Abt. Tuberkulosefürsorge, anzustellen, wurde zur Kenntnis genommen. Geschehen ist noch nichts. Soll das so weitergehen? Was denkt man ferner für die gefährdeten Kranken und bisher noch nicht angesteckten Einwohner Mannheims zu tun?

Wie aus Hamburg berichtet wird, wurden in den ersten fünf Monaten 1946 4372 frische Tuberkulosefälle gemeldet. Durch Solinger Aerzte wurden vom 1. Juni bis 15. September 1946 20 000 Anträge auf Zusatzkrankenkost wegen hochgradiger Unterernährung und Hungerödem gestellt. Die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen hat sich gegenüber 1945 verdoppelt. Ebenso sind die Ruhrarbeiter am Ende ihrer Kraft. DPD Reuter meldet, daß der durchschnittliche Gewichtsverlust bei 41 Pfund liegt.

Um für den Export und für den Wiederaufbau arbeiten zu können, muß die deutsche Bevölkerung gesund und arbeitsfähig sein. Die Feststellungen in Mannheim, Hamburg und im Ruhrgebiet geben zu ernstesten Besorgnissen Veranlassung und sind ein Gegenstand schwerster Verantwortlichkeit von Regierungen und Ländern. Wie aus der Mannheimer Statistik mit erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, sind gerade die Stadtbezirke mit der schaffenden Bevölkerung dem Würgegriff der Tuberkulose besonders ausgesetzt, ebenso in Hamburg und im Ruhrgebiet, ohne daß bis heute wirklich durchgreifende Maßnahmen eingeleitet wurden. Eine Aenderung der Lage, eine durchgreifende Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse kann nur dann eintreten, wenn die wirklichen Vertreter des schaffenden Volkes in geschlossener Einheit gemeinsam für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel, eine soziale Lösung der Wohnungsfrage und durchgreifende ärztliche Fürsorge sich einsetzen.



## Erhöhung der Rationen und was dann?

Ab 14. Oktober findet eine Erhöhung der Rationen auf 1550 Kalorien statt. Das wird in der 94. Periode eine Heraufsetzung der Brotmenge auf 8000 Gramm mit sich bringen. Gleichzeitig tritt aber auch die schon lange befürchtete Herabsetzung der Fettration auf 300 Gramm ein. Die Erhöhung der Kalorienmenge ist also von vorneherein keine reine Freude.

Der Entschluß, die Lebensmittelrationen bereits jetzt zu erhöhen, obwohl weder ausreichende Vorräte aus einheimischer Erzeugung noch aus importierten Nahrungsmitteln vorhanden sind, um die erhöhten Zuteilungen bis zur nächstjährigen Ernte aufrechtzuerhalten, wurde gefaßt, weil die Erhöhung der Lebensmittelrationen auf Grund des Berichtes der Ernährungskommission als unumgänglich notwendig erachtet wurde.

Man kann verstehen, daß die Erhöhung entgegen den Beschlüssen des Landesernährungsamtes erfolgte, wenn man weiß, daß durch sie in der 94. Periode die letzten Vorräte und Rücklagen an Konserven und allem, was noch vorhanden ist, angegriffen werden müssen, um überhaupt den Satz zu erreichen.

Nach dem derzeitigen Stand der Ernteergebnisse können wir nur einen Kalorienersatz von rund 950 aus der eigenen Erzeugung decken. Binnen drei Monaten wäre mit der Erhöhung die Eigenerzeugung verbraucht, und wir sind völlig auf Importe angewiesen.

Man gibt also jetzt mehr, weil der Gesundheitszustand es dringend erfordert. Wie ist aber das Mehr für die kommenden Monate gesichert? Was wird sein, wenn wir zwei, drei Monate mehr essen und ein noch schlimmerer Rationssturz erfolgt, wie wir ihn erlebt haben? Soll es wieder so gehen wie zu Beginn des Jahres, wo die Lebensmittelerhöhung zusammenfiel mit den ersten Wahlen und die scharfe Kürzung sofort nach den Wahlen erfolgte?

Wir sind für eine hauswirtschafterische Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel. Es wird niemanden geben, der eine Rationserhöhung nicht für dringend erforderlich hielt. Immer wieder wurde von kommunistischer Seite darauf hingewiesen, wie man durch eine gründliche Neuordnung in der Landwirtschaft aus eigener Kraft die Verhältnisse bis zu einem gewissen Grad bessern könnte. Aber die ernste Verantwortung, die den Fragen der Ernährung unseres Volkes zukommt, zwingt uns zu der Frage: Rationserhöhung und was dann?

## Nochmals das Haus Sator

Bereits in unserer Nummer 21 haben wir das Wirtschaftsamt auf das Haus Sator in O 5 aufmerksam gemacht, das noch heute in der Lage ist, Rauchmaterialien zu alten Preisen auszugeben.

Zurückzuführen ist dies auf das übernormal große Lager, das dem Wirtschaftsamt schon seit längerer Zeit bekannt war. Obwohl am 25. Mai 1946 der Fachhandel laut Gesetz verpflichtet war, seine Lagervorräte zu alten Preisen restlos zu verkaufen, und zwar bis zum 15. Juli 1946, hat es das Haus Sator verstanden, bis heute noch alte Bestände zu horten, und zwar unter Zuhilfenahme von äußerst anrüchigen Geschäftspraktiken, die darin bestanden, daß sehr oft auf dem Ladentisch Schilder standen mit dem Aufdruck „Rauchwaren ausverkauft“ oder „Infolgemangelnder Warenteilung kann nur auf einen Punkt Ware abgegeben werden“. Trotz dieser unwarahren Hinweise ist noch heute, nach Ausgabe der neuen Raucherkarten, das Haus Sator in der Lage, aus alten Beständen, die ja

nach dem Gesetz längst hätten verkauft sein müssen, Waren abzugeben, und was das Groteske an der Sache ist, wieder nur auf einen Punkt, während auf die Männerkarte vier Punkte und auf die Frauenkarte zwei Punkte aufgerufen sind.

Bis zum heutigen Tag hat es das Wirtschaftsamt nicht für notwendig gefunden, zu unseren berechtigten Vorwürfen vom 21. September 1946 Stellung zu nehmen, ganz abgesehen davon, daß es etwa Maßnahmen ergriffen hätte, um seinen eigenen erlassenen Vorschriften vom 25. Mai 1946 im Falle Sator Geltung zu verschaffen. Oder dürfte dies gerade aus dem Grunde geschehen sein, weil es sich um das Haus Sator handelt?

## Polizeirat Viebig noch immer Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei?

Der vom Mannheimer Stadtrat beauftragte Ausschuß hat seine Untersuchungen, ob Polizeirat Viebig noch länger Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei sein kann, seit 14 Tagen bereits abgeschlossen und das Untersuchungsergebnis dem Stadtrat vorgelegt.

Leider hat die Mannheimer Zeitung „Der Morgen“, der einen für eine Arbeiterstadt immer fragwürdigen Kurs einschlägt, in seinen laufenden Berichten über die Stadt-

waltung zu kritisieren, erinnert werden muß. Was „Der Morgen“ versäumt, will die „Badische Volksstimme“, die ein wirkliches Organ des Volkes ist, trotz ihrer um vieles geringeren Auflage und ihres kleinen Formats, nachholen.

Ist Polizeirat Viebig immer noch Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei? Diese Frage richten wir an dieser Stelle an die Behörden, und zwar nicht deswegen, weil wir nicht etwa eine mündliche oder schriftliche Stellungnahme hierüber einnehmen könnten, sondern weil wir genau wie die „RNZ“ in ihrer Ausgabe vom 10. Oktober die Feststellung machen mußten, daß bisher unsere Behörden ein außerordentlich starkes Fell zeigten und sich trotz aller Rückfragen meist weiterhin so verhalten, wie wenn überhaupt nichts gewesen sei. Wir fragen im Namen des Volkes: Was ist mit Polizeirat Viebig?

Der Untersuchungsausschuß legte dem Stadtrat das Ergebnis seiner Untersuchungen vor, aus dem hervorging, daß zwar der Polizeirat Viebig sich von dem Verdacht, SS-Mann gewesen zu sein, reinigen konnte. Wir bemerken übrigens dazu, daß wir gar nicht solch großen Wert auf diese Feststellung legen. Es genügt uns, festzustellen, daß Viebig in den ehemals besetzten polnischen Gebieten als Verwaltungsbeamter im Offiziersrang bei der berüchtigten Feldgendarmerie tätig war und schon deswegen als Beamter in einer demokratischen Polizei unmöglich ist.

Der Mannheimer Stadtrat stellte in einer einstimmig angenommenen Erklärung fest, daß Polizeirat Viebig nicht das Vertrauen der Stadtverwaltung und des Stadtrates besitzt, da seine Person nicht die Gewähr für eine demokratische und fortschrittliche Handhabung seiner Arbeitsobliegenheiten bietet und er der Prototyp eines Militaristen ist. Der Stadtrat von Mannheim erklärt daher, daß Viebig nicht mehr länger Polizeikommandeur sein kann und ersucht die amerikanische Militärrückführung um Zustimmung zu seiner Entlassung als Polizeikommandeur.

In unbegreiflicher Inkonsequenz beschloß aber die Mehrheit der Stadträte, diesen Mann, den sie selbst als untragbar bezeichnet haben, unter Belassung seines Titels Polizeirat, anderweitig an führender Stelle bei der Polizei zu beschäftigen, wobei Herr Viebig kennzeichnenderweise erklärte, daß er sich nur dann damit einverstanden erklären könne, wenn ihm auch weiterhin das Recht zustehe, Uniform zu tragen. Wir sind der Ansicht, daß Herr Viebig weder als Polizeikommandeur, noch als Polizeirat an irgend einer Stelle der Polizei tragbar ist. Völlig einig mit der einstimmig angenommenen Erklärung des Mannheimer Stadtrates betrachten wir ihn als einen unverbesserlichen Reaktionsär und Militaristen, für den kein Platz in einer Volkspolizei ist.

Unbegreiflicherweise läßt, soweit wir Kenntnis davon haben, Herr Viebig noch weiterhin seine Tätigkeit als Polizeikommandeur aus. Soweit wir informiert sind — wir lassen uns da aber gerne eines besseren belehren —, ist der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim auch der verantwortliche Vorgesetzte der Polizei. Die Polizei ist eine kommunale Einrichtung, sie untersteht der Stadtverwaltung und nicht auch dem Stadtrat, und es wäre außerordentlich interessant, zu erfahren, warum ein Mann, dessen Ausschaltung seine Vorgesetzten angeordnet haben, trotzdem unbekümmert weiterhin an verantwortlicher Stelle in der Polizei tätig sein kann.

Wir fordern Durchführung des Stadtratsbeschlusses, wonach Viebig von seinem Posten als Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei zu entheben ist.

„Pg's von gestern“  
Sie waren doch in der Partei?  
Der Vorgesetzte:



„... ich wollte ja nie — aber meine Vorgesetzten sahen es gerne!“

ratssitzungen vergessen, der Mannheimer Bevölkerung mitzuteilen, wie das Untersuchungsergebnis war und was der Stadtrat beschlossen hat. Die Mannheimer Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, was der Stadtrat beschließt, und sollten innerhalb der Stadtverwaltung sich einmal irgendwelche Mißstände zeigen, die auch behoben werden, so ist es nicht Sache einer freien Presse, diese Dinge zu verbergen und mit siebenfachen Vorhängen zu verschleiern.

Ganz eindeutig hat der stellv. Generalgouverneur, General Clay, erklärt: „Greifen Sie in Ihren Zeitungen die Beamten genügend an, die ihrer Pflicht nicht nachkommen, und Sie werden sehen, daß Sie dann Erfolg haben werden.“ Auf einen Einwand eines Pressevertreters fuhr er fort: „Wenn Sie die lauen Angriffe, die bisher in Ihren Zeitungen erschienen sind, Kritik an Ihrer Regierung nennen, dann fahren Sie nur ruhig damit fort.“ Es ist beschämend für die deutsche Presse, daß sie erst an ihre Aufgabe, im Namen des Volkes ihre Ver-

antworten, um die durch den Krieg entstandenen ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereint Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.  
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg





### Mannheim

#### Ein Schwein-ein Freispruch!

Der ehemalige Direktor der Mannheimer Motorenwerke Farny, wohnhaft in Ilvesheim, wurde im Dezember 1945 bei der Schwarzschlachtung einer zwei Zentner schweren Sau ertappt, die er in Kochendorf angeblich für die Werksküche der Motorenwerke organisiert hatte. Diese Sau kam ohne Fleischschau und Schlachtschein bei einem Ilvesheimer Metzger unter das Messer, weil der Transportwagen in Ilvesheim umstürzte und die Sau wegen „Nasenblutens“ geschlachtet werden mußte. Diese Ursache ist die eigenartige Begründung für das Schlachten, Zerlegen und Verwürsten in der Waschküche des Herrn Farny. Bei der polizeilichen Kontrolle wurden nicht nur die Bestandteile der Sau in allen möglichen Verstecken gefunden, sondern außerdem zum Erstaunen aller Beteiligten zutage gefördert: Vier Kisten Wein, fünf kleine Schinken, 11 kg Schweinefett, 13 Pfund Butter, 36 Bratwürste, 15 Dosen Wurst (zu 2 und 3 kg), 13 Hartwürste, Wurst in Därmen, zwei Zentner Mehl, Getreide und Hühnerfutter, ein Quantum Äpfel, ein Quantum Rübenschnitzel und etwa 14 Hühner. Und — nach dem Essen sollst du ruhen — außerdem 25 neue Schlafdecken! Vor dem Schwein waren schon eine Ziege und ein Hammel geschlachtet worden. Bei einer früheren Haussuchung stellte sich das Ergebnis auf etwa 1200 Flaschen Wein und an 60 Flaschen Schnaps und Liköre.

Herr Farny gab nun bei seiner Vernehmung an, daß er mit dem Kochendorfer Landwirt schon lange verabredet habe, der Werksküche ein Schwein zu stiften. Er habe auch deswegen am 10. 12. 45 dem Lieferanten brieflich gedankt.

#### Wir fragen:

Wenn das Schwein für die Werksküche bestimmt war:

1. Weshalb wußte weder die Küche, noch der Betriebsrat etwas von der Ankunft des Borstenviehs? Zum Schlachten sind bekanntlich Vorbereitungen nötig. Oder wollten Sie, Herr Farny, sich als unverhoffter Weihnachtsmann betätigen?
2. Weshalb wurde dann die Sau ausgerechnet in Ihrer Waschküche verwurstet, und zwar ohne Fleischschau und Schein? Hat in ganz Ilvesheim kein Metzger eine Metzkelküche?
3. Weshalb mußte beim Erscheinen der Polizei erst der Schlosser die Türe öffnen, da „zufällig“ der Schlüssel nicht zu finden war?
4. Am Todestag der Sau wurde das Transportauto durch Umkippen reparaturbedürftig und kam am nächsten Tag, dem 20. 12. 1945, zur Ueberholung in Mannheim an. Weshalb brachte es nicht die tags zuvor angeblich für die Werksküche geschlachtete Sau mit?

Vielleicht können Sie, Herr Dr. Heimerich als Verteidiger des Angeklagten, uns diese „Schweineerei“ etwas näher erläutern. Der

Ausspruch eines Zeugen: „Wenn man so leicht schwarz schlachten kann, schlachte ich auch eine ‚au schwarz!‘“ hat Sie ja so in Harnisch gebracht, daß Sie mit einer Beleidigungsklage gedroht haben sollen. Schade, daß es nicht dazu kam, vielleicht hätte sich ein anderes Gericht den Ansichten des Staatsanwaltes und auch der Öffentlichkeit angeschlossen, die darin gipfeln, daß ein solcher Freispruch, basierend auf der Skrupellosigkeit des Angeklagten, eine wirkliche Schweineerei ist.

#### Todt-Preisträger Schäfer verschiebt Baumaterialien

Wir haben in unserer letzten Nummer darauf hingewiesen, daß der Nazi Schäfer die Erzeugnisse seiner Plattenfabrik auf der Rheinau gegen Lebensmittel verschiebt. Da er versucht, seine verschiedenen Abnehmer, unter anderen den Freiherrn von Göhler, dahingehend zu beeinflussen, sie möchten erklären, daß er die verschiedenen eingehenden „Vitamine“ lediglich für seine Arbeiter verwende, stellen wir fest, daß, wenn dieser Fall wirklich zutreffen sollte, dies eine unerlaubte Handhabung darstellt. Die Fürsorge des Pg Schäfer für seine Arbeiter scheint recht weit zu gehen. Er hat laufend eine ganze Reihe von Bauern in Schwetzingen, Railingen, Ketsch und Brühl und auch einen Großmetzger in Schwetzingen mit Bauplatten beliefert, und zwar unter Umgehung der zuständigen städtischen Stellen. Wie lange soll er noch in der Lage sein, seine Bauplatten, die dringend für den Wiederaufbau der Stadt Mannheim für die Herrichtung beschädigter Wohnhäuser benötigt werden, auf den schwarzen Markt zu verbringen?

Wir fordern, daß jetzt endlich entscheidende Maßnahmen gegen Schäfer getroffen werden. Die Stadtverwaltung hat es in der Hand, seiner gesamten Produktion, die statt dem Aufbau unserer zerstörten Stadt zu dienen, aufs Land verschoben wird, ein Ende zu bereiten, indem sie sofortige Einstellung der Lieferung des aus dem Großkraftwerk Rheinau anfallenden Schlackenmaterials anordnet.

Weiterhin fordern wir, daß die bis dahin noch laufende Produktion überwacht und die Baumaterialien durch die zuständigen städtischen Stellen erfaßt und ordnungsgemäß verteilt werden.

Der Ordnung halber und um dem Nazi Schäfer die Möglichkeit zu allerlei krummen Ausflüchten zu nehmen, müssen wir heute eine kleine Berichtigung unseres Artikels in der letzten Nummer bringen. Es versteht sich von selbst, daß in solch einer Angelegenheit die verschiedenen Einzelheiten nicht immer genau festgestellt werden. Es ist dies schließlich auch nicht unsere Sache, sondern Angelegenheit der überwachenden Stellen und Ämter bzw. der Spruchkammer. Wir berichteten also: „Der Pg. Schäfer erhielt nicht 100 000 RM, sondern im Jahre 1941 den Fritz-Todt-Preis in Gestalt einer goldenen Nadel und 20 000 RM, nachdem er bereits 1940 seine Lizenz, welche er sich so hartnäckig weigert, der Stadt Mannheim zu geben, zum Preis von 100 000 RM an die Hermann-Göring-Werke verkauft hatte.“

Wir glauben, daß diese Richtigstellung nichts an dem Sachverhalt ändert, daß Schäfer ein eingefleischter Nazi, Reaktionär und ein ausgesprochener Nutznießer ist, dem man das Handwerk legen muß.

Wir geben der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß die Beisitzer in der Spruchkammer den

Pg. Schäfer richtig einzuschätzen und einzugruppieren wissen, und daß das Spruchkammerurteil nicht eine belanglose Geldstrafe sein, sondern der Stadt Mannheim die Möglichkeit geben wird, die Schäfersche Plattenfabrik in städtischen Besitz zu überführen, um ihre Erzeugnisse für die Schaffung von Wohnraum für die Bevölkerung nutzbar zu machen.

### Weinheim

#### Mithelfer der Synagogen Sprengung in Freiheit?

Wie wir erfahren, ist einer der fanatischsten Nazis aus Weinheim, Hans Keller, Inhaber der Eisenhandlung Keller, von Ludwigsburg zurückgekehrt, um anscheinend seine Hauptaufgabe darin zu sehen, Entlastungsbeweise zu sammeln, eine Tätigkeit, die anscheinend heute alle belasteten Pg's mit Eifer betreiben. Es lohnt sich, gerade in vorliegendem Falle einen Rückblick auf das Wirken der Familie Keller in der Nazizeit zu werfen.

Hans Keller, ein ehemaliger fanatischer Nazi-Propagandist, organisierte seiner Zeit das Sprengstoffattentat auf die Synagoge in Weinheim, das von seinem Sohn Hermann, der heute noch in Ludwigsburg ist, auch prompt ausgeführt wurde, während Frau Keller mit der Uhr in der Hand sehnsüchtig auf die Detonation und damit, wie sie sich selbst ausdrückte, „auf den schönsten Tag ihres Lebens“ wartete.

Günther Keller, ein „würdiger“ Sohn des Hans Keller (noch in Gefangenschaft), ging, als jüdischer Priester verkleidet, durch die Straßen, um Türen und Schaufenster der jüdischen Geschäfte zu zertrümmern.

Dies sind nur einige Kostproben aus der aktiven Tätigkeit dieser berüchtigten Familie.

Daß sie sich auch im Geschäft gegen das Personal und die Kundschaft so nazistisch-brutal wie möglich benahmen, dürfte nur am Rande als Selbstverständlichkeit verbucht werden.

Und Heute? Fortsetzung derselben widerlichen Methoden, jedoch die Höhe der Frechheit erklettert diese versuchte Gesellschaft, verkörpert durch Frau Keller, dadurch, daß diese Amazone dem Gewerkschaftsbeamten, der sie wegen der Nichteinstellung eines Antifaschisten zur Rede stellte, unter anderem erklärte: „Jawohl, ich war Nationalsozialistin und bin es auch heute noch.“

So geschehen im Jahre 1945/46 nach einem von den Nazis entfesselten Raub- und Mordfeldzug, von denselben Nazis, zu denen sich in Wort und Tat in zynischer Frechheit heute noch Frau Keller mit ihrer Sippschaft bekennt.

### Wertheim

#### Schlachtvieh und Milchablieferung

In einer am 17. September 1946 in Lauda stattgefundenen Sitzung des Landwirtschaftsamtes wurde unter anderem festgelegt, daß für trüchtige und frischmelkende Kühe nicht-trüchtige und abgemolkene als Schlachtvieh ausgetauscht werden, und zwar solle ganz gerecht vorgegangen werden. Wie uns aus Werbach berichtet wird, soll der dortige Bürgermeister und Ortsbeauftragte bereits zwei Tage später in einem Betrieb eine junge, frischmelkende Kuh, die zehn bis zwölf Liter Milch gab, für den Schlachthof Heidelberg beschlagnahmt haben.

Wir fragen das Landwirtschaftsamte, ob so die gerechte Behandlung der betroffenen Maßnahmen aussieht?

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 50 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.